

US-Haushaltsstreit Finanz-Infarkt – Shutdown legt US-Verwaltung lahm

01.10.2013



Reuters Keine Einigung im US-Haushaltsstreit: Washington muss die Verwaltung stilllegen
Die öffentliche Verwaltung der USA ist zum ersten Mal seit 17 Jahren lahmgelegt. Das Weiße Haus ordnete den Verwaltungsstillstand an, nachdem sich der Kongress nicht auf einen neuen Haushalt einigen konnte – mit Folgen für Hunderttausende Angestellte.
Erstmals seit 17 Jahren stehen weite Teile der Bundesverwaltung in den USA wegen mangelnder Finanzierung still. Kurz vor Ablauf der Frist für die Verabschiedung eines Übergangsbudgets für das in der Nacht zum Dienstag anbrechende Fiskaljahr 2014 ordnete das Weiße Haus in Washington die Bundesbehörden an, ihre Pläne für einen Haushaltsnotstand umzusetzen. Zuvor hatten sich Republikaner und Demokraten im Kongress nicht auf einen Kompromiss für ein Haushaltsgesetz einigen können.

Am späten Montagabend schmetterte der von den Demokraten kontrollierte Senat wie erwartet eine republikanische Vorlage aus dem Repräsentantenhaus ab, der den Haushalt an das umstrittene Gesundheitsprogramm Obamacare gekoppelt hätte.

„Sie machten es tatsächlich“, sagte US-Präsident Barack Obama um kurz nach Mitternacht. „Eine Gruppe von Republikanern im Repräsentantenhaus hat die Regierung gerade gezwungen, die öffentliche Verwaltung wegen Obamacare stillzulegen statt den Haushalt abzusegnen.“

„Waffen an unseren Kopf gerichtet“

Der republikanische Abgeordnete Pete Sessions, der den Geschäftsordnungsausschuss im Repräsentantenhaus leitet, hatte am späten Montagabend (Ortszeit) in Washington noch für die Nacht einen Vermittlungsversuch mit den Demokraten im Senat angekündigt. „Wir versuchen, unsere Leute zusammen zu bekommen,“ sagte Sessions.

Der Mehrheitsführer der Demokraten im Senat, Harry Reid, reagierte laut US-Medien aber

skeptisch auf den Vorschlag der Republikaner. „Wir werden nicht in den Vermittlungsausschuss gehen, wenn eine Waffe an unseren Kopf gerichtet ist“, sagte er. Damit spielte Reid auf die Versuche der Republikaner an, die Staatsfinanzierung an Änderungen der Gesundheitsreform von US-Präsident Barack Obama zu knüpfen.

Das Haushaltsbüro des Weißen Hauses ordnete an, die Aktivitäten „geordnet“ herunterzufahren. „Leider haben wir keinen klaren Hinweis darauf, dass der Kongress rechtzeitig handelt, damit der Präsident ein Übergangsbudget bis Ende des morgigen Tages, dem 1.

Oktober 2013, unterschreibt“, heißt es in dem am späten Montagabend (Ortszeit) veröffentlichten Dekret. Angesichts der mangelnden Finanzierung müssten die Behörden nun ihre Notfallpläne ausführen.

Angestellte im Zwangsurlaub

Denn mit der finanziellen Lähmung müssen rund 800 000 Staatsbedienstete unbezahlt in Zwangsurlaub geschickt werden. Zahlreiche Ämter und Einrichtungen müssen geschlossen bleiben. Ausnahmen gelten nur für Angestellte, die der Grundversorgung und der Sicherheit des Landes dienen, beispielsweise Soldaten, Gefängniswärter, Mitarbeiter an Grenzposten oder in Krankenhäusern.

Vor der Eskalation waren drei Übergangsetats des republikanisch dominierten Repräsentantenhauses, in denen die Obamacare genannte Reform in Frage gestellt wurde, an der Mehrheit der Demokraten im Senat gescheitert. Noch schlimmer könnte es am 17. Oktober kommen: Dann droht den USA die Zahlungsunfähigkeit.